

GEBT DEM VORSTAND HARTE KOST: GEMEINSAMER STREIK BEI TELEKOM UND POST!

Bei Post und Telekom stehen wieder einmal Rationalisierungspläne an. Zwar gibt es bei der **Post** einen Stop betriebsbedingter Kündigungen bis 2009 – die Abbaupläne könnten aber ab 2010 nachgeholt werden. Zusätzlich wird es jetzt schon zu ein Abbau aufgrund "*vorhandener Potenziale aus normalen Pensionierungen, hoher Fluktuation und eines seit August existierenden Sozialplans*" kommen. Wie viele Menschen trotzdem ihren Job verlieren, bleibt unklar. Unklar ist auch, ob das ursprüngliche Hauptaugenmerk auf den Personalabbau von BriefträgerInnen noch aufrecht ist - dabei sollte es sich oftmals um Lohnkürzungen handeln: PostlerInnen sollen bei Tochtergesellschaften, wie der Feibra, angestellt werden und zu niedrigeren Löhnen Briefe austragen. In diesen Tochterfirmen werden viele LeiharbeiterInnen zu schlechteren Arbeitsbedingungen beschäftigt, die oft als Erste den Arbeitsplatz verlieren. (z. B. tschechische und slowakische TagelöhnerInnen, die nur die Hälfte verdienen) Auf der anderen Seite werden PostlerInnen in sogenannte "Karriere- und Entwicklungscenter" abgeschoben, um sie an andere Firmen zu vermieten oder zur Kündigung zu bewegen. Die ursprünglichen Abbau-Pläne würden zu einer Halbierung der Beschäftigten seit 1999 und Schließung von 88% aller Postämter führen. Gerade bei der Post ist aber das Ausmaß der Arbeit in den letzten Jahren enorm gestiegen. Eine Streichung von Stellen bei der Post wäre nicht nur ein schwerer Schlag für die betroffenen KollegInnen. Für jene PostlerInnen, die ihre Arbeit nicht verlieren, wäre der Personalabbau eine große Mehrbelastung.

Immer deutlicher wird erkennbar, dass Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Gütern zu einem Debakel für Beschäftigte und KundInnen führen. Gleichzeitig steigen die Gewinne, wie sich in der Bilanz der letzten Jahre zeigt (Vergleich zu 2007):

Beschäftigte:	minus 27,5 % (von 35.493 im Jahr 1999 auf 25.764)
Zahl der Postämter:	minus 47% (von 2.468 im Jahr 2000 auf 1.311)
Gewinn vor Zinsen und Steuern:	plus 580% (von 28 Mio. im Jahr 2003 auf 163 Mio.EUR)
Dividende pro Aktie:	plus 275% (von 0,51 EUR im Jahr 2003 auf 1,40 EUR)
Steigerung des Konzernumsatzes	plus 7,0% (1.- 3. Quartal 2008 auf 1.784,6 Mio. EUR)

(www.post.at; 18. 11. 08)

Auch bei der **Telekom** sollen bis 2011 trotz kräftiger Gewinne (1.-3. Quartal 2008: +3% auf 1,51 Mrd.) und Dividendenzahlungen (145 Mio. 2008) 2.500 Stellen abgebaut werden, wobei Telekom Chef Boris Nemsic auf den „großzügigen“ Sozialplan verweist: auch er will Karrierecenters wie bei der Post haben dürfen, um Beamte außerhalb des Unternehmens einsetzen zu können.

Ein weiterer Personalabbau und eine weitere Schließung von Postämtern kann nicht hingenommen werden. Postämter sind wichtige Nahversorger, die regionale Arbeitsplätze sicherstellen. Die Post ist ein öffentliches Gut und keine Ware, Aktionäre dürfen dabei keine Rolle spielen. Es darf zu keiner Unterwerfung unter das Liberalisierungsdiktat der EU kommen, welche die schrittweise Öffnung der Postmärkte vorgeschrieben hat, die 2011 mit der Totalliberalisierung abgeschlossen werden soll. Es hat keinen Sinn, auf die neue "Faymannverordnung" zu vertrauen, die eine Postamtschließung auch nur bis 30.06.2009 aufschieben könnte (er hat im übrigen als Minister den Abbauplänen zugestimmt). Die richtige Antwort auf diese Verzögerungstaktik haben die KollegInnen mit den Warnstreiks schon gegeben. Langer Atem wird notwendig sein.

Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften
email: wastun@gewerkschaftsplattform.org, www.gewerkschaftsplattform.org